

UNICEF Neujahrsgespräch Schloss Bellevue, 14. Februar 2025
Begrüßung Georg Graf Waldersee, Vorsitzender UNICEF Deutschland

Verehrte, liebe Frau Büdenbender,
liebe Freundinnen und Freunde, Kolleginnen und Kollegen und Unterstützer von UNICEF,

wie schön, dass wir wieder früh im Jahr hier im Schloss Bellevue zu einem Gespräch zusammenkommen dürfen! Meine Freude darüber verbinde ich mit einem großen Dank an Sie, liebe Elke Büdenbender, für Ihre stete Unterstützung als unsere Schirmherrin. Mehr aber noch gilt mein Dank Ihrem ganz persönlichen, aus der Tiefe Ihres Herzens kommenden Engagement für UNICEF und für junge Menschen – hier in Deutschland und in der ganzen Welt.

Unser Austausch heute steht unter der Überschrift „The Future is unwritten“ – Die Zukunft ist ungeschrieben. Dieser Ausspruch wird eng mit Joe Strummer, dem Frontman der britischen Punkband „The Clash“ in Verbindung gebracht. Die Phrase tauchte erstmals 1982 auf dem Cover der Single „Know your rights“ auf. Sie erinnert uns daran, dass wir nicht Zuschauer der Geschichte sind. Wir schreiben sie. Jeder Tag, jede Entscheidung, jedes Handeln formt die Zukunft.

Doch was bedeutet das in einer Zeit, in der uns Krisen zu erdrücken drohen?

Wenn wir auf Deutschland blicken, sehen wir innenpolitische Unsicherheiten: politische Polarisierung, das Erstarken extremer Kräfte, wirtschaftliche Herausforderungen durch Inflation, Energiekrisen und wachsende soziale Ungleichheit. Viele sorgen sich um ihre persönliche Sicherheit. Diese Entwicklungen treffen uns alle – aber am härtesten treffen sie die Schwächsten in unserer Gesellschaft: die Kinder.

Kinder haben keine Lobby im klassischen Sinne. Sie schreiben keine Schlagzeilen, sie führen nur selten Protestmärsche an, sie verhandeln nicht in Parlamenten. Aber sie spüren die Auswirkungen unserer politischen Entscheidungen unmittelbar.

Wirtschaftliche Unsicherheiten bedeuten weniger Chancengleichheit, weniger Zugang zu guter Bildung, weniger Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, erhöhte Armutsrisiken. Fast jedes fünfte Kind lebt in Deutschland in relativer Armut. Wenn Familien nicht wissen, wie sie die nächste Heizkostenabrechnung bezahlen sollen, dann bleiben es oft die Kinder, die verzichten: auf warme Mahlzeiten, auf Freizeitangebote, auf stabile Bildungswege.

Was heißt das für uns?

Gerade in Zeiten zunehmender Verunsicherung dürfen wir nicht den Fehler machen, Kinder als „nachrangiges“ Thema zu behandeln. Sie sind kein Randthema der Politik, sie sind der Kern. Jede Investition in den Kinderschutz, in Bildung, in Gesundheit ist keine soziale Wohltat, sondern eine Investition in die Stabilität und Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Doch unser Blick darf nicht an den eigenen Landesgrenzen enden. Die Welt ist in Bewegung – oft in gefährlicher Bewegung. Der Krieg in der Ukraine hat Millionen Kinder entwurzelt. Sie sind geflüchtet, traumatisiert, haben Familien verloren. Im Sudan erleben Kinder eine humanitäre Katastrophe von unvorstellbarem Ausmaß. Im Nahen Osten wachsen Kinder in einer Endlosschleife von Gewalt und Hass auf.

Krisen kennen keine Grenzen. Ein Kind, das in einem ukrainischen Keller Schutz sucht, oder ein Kind, das im Sudan Hunger leidet, ist nicht „das Problem eines anderen Landes“. Es ist unser aller Verantwortung.

Denn was wir diesen Kindern nicht geben – Sicherheit, Bildung, Hoffnung – kehrt zu uns zurück: in Form von globaler Instabilität, Fluchtbewegungen und zerbrochenen Generationen. Der Schutz von Kindern ist damit nicht nur eine moralische Pflicht, sondern auch ein Akt der Friedenssicherung.

Wenn wir über die Zukunft sprechen, müssen wir auch über das Klima sprechen. Die Erderwärmung ist nicht mehr nur eine Bedrohung von morgen. Sie ist real: Dürren, Überschwemmungen, Waldbrände, schwindende Lebensräume. Kinder im globalen Süden spüren die Folgen schon jetzt am stärksten. Auch hier in Deutschland werden Kinder die Hauptlast einer Politik tragen, die zu langsam auf die Klimakrise reagiert.

Was also tun?

In einer Welt, in der sich langjährige Gewissheiten auflösen, brauchen wir einen moralischen Kompass. Dieser Kompass ist einfach: Das Kindeswohl muss Leitlinie jeder politischen Entscheidung sein.

- In der Wirtschaftspolitik bedeutet das: Armutsbekämpfung, Chancengleichheit, Investitionen in Bildung.
- In der Außenpolitik bedeutet das: Friedensförderung, Schutz von geflüchteten Kindern, Entwicklungszusammenarbeit mit einem Fokus auf Kinderrechte.
- In der Klimapolitik bedeutet das: konsequentes Handeln, nicht morgen, sondern heute.

So klar die Herausforderungen sind, so entscheidend ist die Frage: Wie spiegeln sich diese Themen in der politischen Realität wider?

Wir stehen kurz vor der Bundestagswahl – einem Moment, in dem Richtungsentscheidungen getroffen werden. Ein Blick in die Wahlprogramme der Parteien zeigt: Die Situation von Kindern ist zwar präsent, aber oft nicht mit der Dringlichkeit, die sie verdient.

Ja, viele Parteien bekennen sich zur Bekämpfung von Kinderarmut. Es gibt Versprechen für bessere Bildung, für den Ausbau von Kitas, für Ganztagsbetreuung. Einige Parteien fordern ein umfassendes „Kindergeld der Zukunft“ oder die Einführung einer Kindergrundsicherung. Das klingt vielversprechend – doch oft bleiben die Konzepte vage, unkonkret in der Umsetzung oder werden von fiskalpolitischen Debatten überlagert.

Besonders auffällig ist: Die Perspektive von Kindern in Krisensituationen – ob durch Kriege, Flucht oder die Klimaerwärmung verursacht – findet in vielen Programmen nur am Rande statt. Kinder werden oft als „Betroffene“ gesehen, nicht als eigenständige Subjekte mit Rechten.

Und genau hier liegt das Problem: Kinderrechte dürfen kein Randkapitel in politischen Programmen sein. Sie gehören ins Zentrum. Denn wir entscheiden nicht nur über Haushaltspläne oder Gesetzesvorlagen. Wir entscheiden über Lebensrealitäten.

Mein Appell an alle politischen Verantwortlichen lautet daher:

- Machen wir Kinder nicht zu einer Zielgruppe unter vielen – machen wir sie zum Maßstab.
- Fragen wir bei jeder politischen Entscheidung: Was bedeutet das für die Kinder in unserem Land? Was bedeutet es für die Kinder in der Welt?
- Und vor allem: Hören wir den Kindern zu. Sie haben eine Stimme – wir müssen bereit sein, sie ernst zu nehmen.

UNICEF setzt sich dafür ein, dass Kinderrechte weltweit gestärkt werden und arbeitet dabei eng mit Regierungen, Parlamenten und der Zivilgesellschaft zusammen, um Gesetze und politische Maßnahmen kinderfreundlicher zu gestalten – auch hier in Deutschland.

Wir wissen: Es gibt immer etwas, das wir tun können. Kein Kind ist zu weit weg, keine Krise zu groß, um nicht zumindest einen Unterschied zu machen.

Wenn wir also fragen: „Was können wir tun?“

Dann lautet die Antwort:

- Wir können helfen, wo andere nicht mehr hinschauen.
- Wir können Kinderrechte verteidigen, wo sie bedroht sind.
- Und wir können dafür werben, UNICEF zu unterstützen – politisch, gesellschaftlich und finanziell.

Die Zukunft mag ungeschrieben sein. Aber mit Mut, Engagement und Menschlichkeit wollen und können wir sicherstellen, dass sie für jedes Kind auf dieser Welt eine Geschichte von Hoffnung, Würde und Gerechtigkeit wird.

Lassen Sie mich mit einem Gedanken von Vaclav Havel schließen:

„Hoffnung ist nicht die Überzeugung, dass etwas gut ausgeht, sondern die Gewissheit, dass etwas Sinn macht – egal, wie es ausgeht.“

Die Zukunft ist ungeschrieben. Begreifen wir das als eine Chance. Denn solange die Zukunft offen ist, haben wir Macht und Möglichkeit, sie zu gestalten.

Schreiben wir sie gemeinsam.

Für die Kinder von heute.

Für die Welt von morgen.

Danke!